

Seltsame Uneinigkeit der Gewerkschaften

ZÜRICH. Auf der einen Seite stehen die VBZ und die Personalverbände Transfair und Syna, auf der anderen der streikwillige VPOD. Erstere haben ihr völliges Unverständnis über Letztere bekräftigt. Diese wiederum beschlossen einen – halbherzigen – Streik.

PASCAL UNTERNÄHRER

Verkehrsbetriebe und Gewerkschaften haben gestern die Medienleute auf Trab gehalten. Am Morgen informierten VBZ-Vertreter gemeinsam mit Gewerkschafterinnen von Transfair und Syna (vor allem) über Erreichtes und (auch) über Unerreichtes bei den letzten Gesprächen. Und am Nachmittag bekräftigten zwei Vertreter des Verbands des Personals öffentlicher Dienst (VPOD) ihre Streikdrohung.

Wie VPOD-Generalsekretär Stefan Giger ankündigte, werden am heutigen Tag Kampfmassnahmen umgesetzt. Genauer wollte er nicht werden, die Details sollten erst um 4 Uhr in der Früh auf der VPOD-Website aufgeschaltet werden. Er versicherte aber, nicht den Betrieb stilllegen zu wollen. Es werde zu «punktuellen Arbeitsniederlegungen» kommen. Giger sagte, die Fahrgäste sollten die Streikmassnahmen nur am Rande spüren. Ziel sei, dass die VBZ sie spüren. So könnte es sein, dass ein Tram stehenbleibt und damit die folgenden aufhält. Am Morgen gestreute Gerüchte, dass VPOD-Leute aus anderen Städten Blockaden durchführen würden, kommentierte Giger explizit nicht.

Auch Winterthur im Fokus?

Duri Beer, Zürcher VPOD-Regionalsekretär, ergänzte, die Massnahmen beschränkten sich wohl auf den heutigen Freitag. Wie viele VBZ-Chauffeure ihre Arbeit niederlegen würden, blieb unklar. Giger glaubt eine Mehrheit hinter sich zu haben. Der VPOD habe 500 Mitglieder bei den VBZ, Transfair

300 und die Syna 50–100. Diese Zahlen kontrastieren stark mit jenen, die am Morgen verbreitet worden waren. Es hiess, etwa ein Drittel der Chauffeuren und Chauffeure sei überhaupt gewerkschaftlich organisiert, und dieser verteile sich gleichmässig über die drei Personalverbände.

Die VPOD-Chefs gaben sich überzeugt, dass der Streik «legal» ist. Denn einerseits werde er von einem Verband getragen, und andererseits sei er «verhältnismässig», da die Zukunft der VBZ-Angestellten gefährdet sei. Und zwar wegen der Bahnreform 2 des Bundes. Diese ist allerdings noch im Ständerat hängig. Geplant ist, dass alle Bus- und Tramlinien künftig periodisch ausgeschrieben werden. Deshalb müssen sich die VBZ mit anderen Wettbewerbern messen lassen, die allenfalls einen günstigeren Betrieb anbieten.

Ziel und wichtigste Forderung des VPOD ist deshalb ein Rahmen-Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für alle Verkehrsbetriebe des Kantons. Dann könnte keiner den anderen mit niedrigeren Löhnen und längeren Arbeitszeiten ausstechen. Diese Forderung sei zehn Jahre alt, sagte Giger. Doch einzig die Stadt Zürich habe stets alle GAV-Bestrebungen blockiert. Das sei der Grund, weshalb man Zürich bestreike und nicht etwa Winterthur. Dessen politische Führung habe nie Widerstand geleistet bei den Verhandlungen. Ein Bekenntnis in Form einer Unterschrift habe man allerdings auch aus Winterthur nicht, räumte Giger ein. Deshalb wollte er auch nicht ausschliessen, dereinst auch in der Eulachstadt zu Kampfmassnahmen zu greifen.

Diese Unterschrift des politischen Verantwortlichen für die VBZ, Stadtrat Andres Türler (FDP), ist auch der Grund für die Eskalation. Denn sie fehlt unter dem 5-Punkte-Programm, das der VPOD der Stadt als Ultimatum bis gestern Abend, 18 Uhr, gestellt hatte. Zwar sind drei Punkte erfüllt, doch aus Sicht des VPOD die zwei wichtigsten nicht: GAV-Zusage und Verzicht auf die Streichung der bisherigen Zeitgutschrift von 14 Minuten pro Tag.

Zürich offen für GAV

Tatsächlich hatte am Morgen VBZ-Direktor Guido Schoch bekannt gegeben, dass die Verhandlungen über die Zeitgutschrift ausgesetzt sind. Man will abwarten, bis der Verkehrsverbund ZVV die (Spar-)Vorgaben bekannt gibt. Zum Thema GAV sagte Schoch, der VPOD renne bei den VBZ offene Türen ein. Er sei bereit, sich beim ZVV dafür einzusetzen.

Transfair-Vertreterin Diana Mathys und Syna-Frau Ruth Lehmann betonten die Fortschritte, die man am Mediationstisch erzielt habe (den der VPOD vor zehn Tagen verlassen hatte). So können die Chauffeure ihre Dienste neu frei wählen und werden für Überzeiten ab der 5. Minute (bisher: 10. Minute) bezahlt. Zudem wird eine Gruppe zur Verbesserung des Betriebsklimas eingesetzt. Über die Streikdrohung zeigten sie sich befremdet: Sie sei der Sozialpartnerschaft abträglich. Der Stadtrat nannte den Streik «unverhältnismässig» und «verfassungswidrig». Und Schoch stellte am Schluss die Frage nach den Kosten für den Streik.



Dieser Artikel erschien in folgenden Regionalausgaben:

<i>Titel</i>	<i>Auflage</i>
Zürcher Oberländer	26'657
Anzeiger von Uster	8'127
Zürichsee-Zeitung Meilen	17'070
Zürichsee-Zeitung Horgen	11'837
Zürichsee-Zeitung Obersee	11'139
Neues Bülacher Tagblatt	3'025
Zürcher Unterländer	17'608
Der Landbote	33'101